

# «Das ist erst eine Entschärfung»

Für Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht, hat die Schweiz im Steuerstreit mit Deutschland gepunktet, aber noch nicht gewonnen.

Laut Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat die Schweiz im Steuerstreit mit Deutschland einen Durchbruch erzielt. Teilen Sie diese Einschätzung?



**Peter V. Kunz:** Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Deutschland stellt für mich erst eine Entschärfung der Situation dar. Denn von dem, was bis jetzt bekannt

ist, kann man meines Erachtens noch nicht von einem Durchbruch sprechen. Der zentrale Punkt des Abkommens, dass Amtshilfe neu nicht nur bei Steuerbetrug, sondern auch bei Steuerhinterziehung gelten soll, ist letztlich nicht mehr und nicht weniger als die Übernahme des OECD-Standards. Gleich lautende Abkommen hat die Schweiz ja inzwischen bereits mit 21 Ländern paraphiert, darunter die USA und Frankreich. Insofern stellt das DBA mit Deutschland das Erwartete und deshalb keine Überraschung dar.

Vielleicht sieht ja Bundesrat Merz den Durchbruch allein schon in der Tatsache, dass er den automatischen Informationsaustausch vorläufig abwehren konnte?

Das kann man durchaus so interpretieren. Zumal davon ausgegangen werden kann, dass es bezüglich der Voraussetzungen für den Informationsaustausch keine Änderung geben wird. Bei begründeten Verdachtsmomenten reicht es deshalb auch künftig aus, wenn der Name oder die Kontonummer des mutmasslichen Steuerüblers genannt wird, um an die Schweizer Bankdaten zu kommen. Somit bleibt klar, dass das wahllose Abfragen von Daten (fishing expeditions) weiterhin nicht erlaubt sein

wird. In dieser Frage dürfte sich die Schweiz also durchgesetzt haben.

Ein heikler Punkt bleibt allerdings nach wie vor ungeklärt: Wie soll mit jenen deutschen Vermögen umgegangen werden, die seit Jahrzehnten versteckt auf Schweizer Bankkonten liegen? Deutschland lehnt eine Steueramnestie ab, ist aber nun erstmals offen für eine Abgeltungssteuer...

...da kommt offenbar tatsächlich Bewegung in die Sache. Denn die Europäische Union hatte sich ja bisher

immer gegen eine Abgeltungssteuer ausgesprochen. Wenn deshalb jetzt erstmals bilateral die Abgeltungssteuer ein Thema ist und ein einzelner Staat das Bedürfnis hat, dies zu prüfen, dann ist das für die Schweiz sicher ein gutes Zeichen und könnte auch Signalcharakter für andere Ländern haben.

Deutschland ist zudem bereit, einen erweiterten Marktzugang für Schweizer Banken in Deutschland zu prüfen. Ist das nicht auch eine Kehrtwende?

Doch. Denn auch dieser Punkt war für die EU bisher kein Thema, weil die Schweiz kein EU-Mitglied ist. Deshalb ist es jetzt sehr interessant zu erfahren, dass man den Marktzutritt zumindest bilateral prüfen will. Denn Deutschland ist für Schweizer Banken und Versicherungen der zentrale Ort in Europa. Sollte deshalb tatsächlich im Verlauf der weiteren Verhandlungen ein weiterer Marktzutritt nach Deutschland möglich werden, so würde dies ohne Zweifel einen Durchbruch darstellen.

INTERVIEW: THOMAS MÜNZEL



Vielleicht wird für Deutsche, die bei der CS in Zürich undeklarierte Vermögen lagern, bald eine Abgeltungssteuer fällig. Bild: key

## SPLITTER & SPÄNE

Etwas ratlos wirkte der Berner Polizeidirektor **Reto Nause** am Montag. Warum die Kriminalitätsrate in Bern doppelt so hoch wie im nur wenig kleineren Winterthur ist, konnte er sich nicht recht erklären. Als er dann doch wieder Worte fand, drückte der ehemalige CVP-Generalsekretär durch. Winterthur habe die Kriminalität wohl deshalb so gut im Griff, weil CVP-Polizeivorsteher **Michael Künzle** einen sehr guten Job mache.

Fairerweise sei nachgetragen, dass Nause dann doch noch ein paar plausible Erklärungen für die hohe Kriminalitätsrate in Bern fand. So ziehe die Stadt sehr viele Partygänger an. Stadtpräsident **Alexander Tschäppät** dürfte er nicht gemeint haben. Denn dieser ist zwar auch gerne in seiner geliebten Stadt unterwegs, aber von kriminalitätsstatistikrelevanten Verfehlungen ist nichts bekannt. Tschäppät liess es bekanntlich bei despektierlichen Gesängen über zwei ehemalige SVP-Bundesräte bewenden. Und nun ist sogar diesbezüglich Besse- rung zu vermelden. So verzichtete er bei einem Konzert von **Polo Hofer** darauf, mitzusingen. Und dies, obwohl ihn Hofer genau dazu aufgefordert hatte. MICHAEL BRUNNER

## SCHWEIZ

### Sozialwerke wieder im Minus

**BERN** – Die Sozialversicherungen AHV, IV und EO haben 2009 den Aufwand nicht mit den Einnahmen decken können. Das Defizit erreichte 398 Millionen Franken. Die AHV war das einzige Sozialwerk, das mehr in den Ausgleichsfonds einbezahlt als es daraus bezog. Die Invalidenversicherung und die Erwerbsersatzordnung mussten Leistungen von fast 1,5 Milliarden Franken aus dem Fondsvermögen finanzieren. Im Vorjahr hatten die Sozialwerke Gewinn geschrieben, was aber eine Ausnahme darstellte.

### Mehr antisemitische Vorfälle

**GENÈVE** – Die jüdischen Gemeinden in der Westschweiz sind beunruhigt: Im letzten Jahr zählte die Westschweizer Koordinationsstelle gegen Antisemitismus und Diffamierung (CICAD) 153 judenfeindliche Übergriffe. Im Vorjahr waren es 96 gewesen. Vor allem Internetblogs dienen als Schauplätze von Diffamierungen, wie es im gestern präsentierten CICAD-Jahresbericht heisst. Die Autoren verstecken sich dabei meist hinter Pseudonymen. Neben zahlreichen kleineren Vorfällen zählt die CICAD auch 22 «ernste» Fälle auf. Dabei geht es vor allem um Beschimpfungen und Bedrohungen, um öffentliche Diffamierungen und um antisemitische Sprayereien. (sda)

## Von der Grauen Liste in den Steuerstreit mit Deutschland

Das Abkommen mit Deutschland ist seit März 2009 das 23. mit einer Amtshilfeklausel gemäss dem Musterabkommen der Organisation zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der Beschluss des Bundesrats, mit interessierten Staaten die Amtshilfe in Steuerfragen auf Steuerhinterziehung auszuweiten, kam unter enormem internationalem Druck zustande: Nachdem die Schweiz im letzten Frühling auf eine Graue Liste der OECD gesetzt wurde, kündigte die Regierung

unter Bundespräsident Hans-Rudolf Merz im März die Aufweichung des Bankgeheimnisses an. Das bedeutet, dass die Schweiz diesen Staaten künftig nicht mehr nur bei Steuerbetrug Amtshilfe leistet, sondern auch bei Steuerhinterziehung.

### Steuerstreit trotz OECD

Bisher unterschied die Schweiz, im Gegensatz zu den meisten Ländern, zwischen Steuerbetrug und -hinterziehung. Deshalb verweigerte sie in Fällen von Steuerhinterziehung die

Amtshilfe. Um von der Liste gestrichen zu werden, hatten die G-20-Staaten gefordert, dass die Schweiz mit mindestens zwölf Ländern dem OECD-Musterabkommen angepasste DBA unterzeichnet. Dieses Ziel erreichte sie letzten September, worauf sie auch prompt von der Liste gestrichen wurde. Dennoch eskalierte hernach ein Steuerstreit mit Frankreich und Deutschland, weil in beiden Ländern gestohlene Bankdaten von französischen und deutschen Kunden auftauchten und den jeweiligen

Regierungen zum Kauf angeboten wurden. Unterzeichnet wurden die DBA bereits mit dreizehn Ländern: Dänemark, Färöer-Inseln, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Katar, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Österreich, Spanien und USA. Zusätzlich wurden Abkommen mit Griechenland, Japan, Kanada, Kasachstan, Polen, Slowakei und der Türkei ausgehandelt und paraphiert. Mit einem weiteren, nicht genannt sein wollenden Land wurde ebenfalls ein DBA paraphiert. (red/sda)

ANZEIGE

**Porzellanhase**  
**3.65**  
statt 3.90

**7% Rabatt\* +  
3% Bonus  
auf das gesamte  
Sortiment**

**27.3. – 3.4.2010**

\*Gilt nicht für einzelne Markenartikel. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen oder bereits reduzierten Artikeln. Zusätzlich 3% Bonus mit Pfister à la card.

**Osterüberraschung**  
Bringen Sie dieses Inserat mit,  
und ich versüsse Ihren  
Pfister-Besuch.  
Nur solange Vorrat.